

Antrag D001: NATO-Gipfel muss Signal der Stärke senden – Deutschlands Beitrag für eine zukunftsfähige transatlantische Sicherheitspartnerschaft

Antragsteller/-in:	Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (LV Nordrhein-Westfalen), Svenja Ilona Hahn (LV Hamburg), Sven Hilgers (LV Berlin), Michael Georg Link (LV Baden-Württemberg)
Unterstützer/-innen:	Martina Gruhn-Bilic (LV Hamburg), Mike Heinke (LV Nordrhein-Westfalen), Sami Musa (LV Hamburg), Kristina von Ehren (LV Hamburg), Sebastian Adler (LV Mecklenburg-Vorpommern), Nemir Ali (LV Niedersachsen), Renata Alt (LV Baden-Württemberg), Johannes Baier (LV Baden-Württemberg), Tobias Bauschke (LV Berlin), Axel Bering (LV Berlin), Cornelia Besser (LV Nordrhein-Westfalen), Katarina Blume (LV Hamburg), Friedhelm Boginski (LV Brandenburg), Zyon Braun (LV Brandenburg), Christiane Brunk (LV Niedersachsen), Sandra-Maria Bubendorfer-Licht (LV Bayern), Carl-Henning Clodius (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Martin Dickopp (LV Berlin), René Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Alexander Dorner (LV Nordrhein-Westfalen), Iwer Ebsen (LV Schleswig-Holstein), Dr. Marcus Faber (LV Sachsen-Anhalt), Alena Fink-Trauschel (LV Baden-Württemberg), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Anikó Glogowski-Merten (LV Niedersachsen), Andreas Glück (LV Baden-Württemberg), Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg), Julia Goll (LV Baden-Württemberg), Jana Gräf (LV Rheinland-Pfalz), Wolfgang Greilich (LV Hessen), Nils Jan Gründer (LV Bayern), Julian Simon Grünke (LV Baden-Württemberg), Phil Hackemann (LV Bayern), Thomas Hacker (LV Bayern), Peter Heidt (LV Hessen), Katja Hessel (LV Bayern), Anke Hillmann-Richter (LV Baden-Württemberg), Florian Hilpoltsteiner (LV Bayern), Martin Hoeck (LV Brandenburg), Stephan Holowaty (LV Schleswig-Holstein), Amid Jabbour (LV Brandenburg), Sonja Jacobsen (LV Hamburg), Dr. Maren Jasper-Winter (LV Berlin), Matti Karstedt (LV Brandenburg), Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen), Heidi Knauthe (LV Berlin), Wiebke Knell (LV Hessen), Wiebke Köhler (LV Hamburg), Roland König (LV Saarland), Christian Kopp (LV Rheinland-Pfalz), Moritz Körner (LV Nordrhein-Westfalen), Moritz Kracht (LV Nordrhein-Westfalen), Jacqueline Krüger (LV Niedersachsen), Michael Kruse (LV Hamburg), Ulrich Lechte (LV Bayern), Dr. Thorsten Lieb (LV Hessen), Tobias Lukoschek (LV Bayern), Kristine Lütke (LV Bayern), Till Mansmann (LV Hessen), Sibylle Meister (LV Berlin), Felix Meyer (LV Bayern), Sebastian Moldenhauer (LV Brandenburg), Alexander Müller (LV Hessen), Skade Niquet (LV Schleswig-Holstein), Jan-Christoph Oetjen (LV Niedersachsen), Daniel Reuter (LV Bayern), Roman-Francesco Rogat (LV Berlin), Dagmar Saschek (LV Nordrhein-Westfalen), Marcel Schiller (LV Niedersachsen), Henner Schmidt (LV Berlin), Susanne Schneider (LV Nordrhein-Westfalen), Isabel Schnitzler (LV Hessen), Ria Schröder (LV Hamburg), Dr. Stefan Schwaneck (LV Hessen), Uwe Schwarz (LV Baden-Württemberg), Arndt-Philipp Seeger (LV Hessen), Lucas Slunjski (LV Nordrhein-Westfalen), Konrad Stockmeier (LV Baden-Württemberg), Dr. Tim Stuchtey (LV Berlin), Dr. Michael Terwiesche (LV Nordrhein-Westfalen), Cristina Turbatu (LV Berlin), Aaron Wilhelmi (LV Hamburg), Katharina Willkomm (LV Nordrhein-Westfalen), Stephan Bulmer (LV Baden-Württemberg), Erik Petersenn (LV Bayern), Richard Siebenhaar (LV Berlin), Dr. Monika V. Kronbügel (LV Schleswig-Holstein), Dr. Michael Kunzmann (LV Baden-Württemberg), Alexander Vogel (LV

	Nordrhein-Westfalen), Dr. Christoph Hoffmann (LV Baden-Württemberg), Hans-Christian von Arnim (LV Hamburg), Bo Müller (LV Hamburg), Annette Greilich (LV Hessen), Sven H. Schillings (LV Rheinland-Pfalz), Niklas Drexler (LV Niedersachsen), Mareike Röckendorf (LV Niedersachsen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Dringlichkeitsanträge

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **NATO-Gipfel muss Signal der Stärke senden –**
 2 **Deutschlands Beitrag für eine zukunftsfähige**
 3 **transatlantische Sicherheitspartnerschaft**

4 Vor zehn Jahren hat Putins Russland die Krim und die Ostukraine mit Terror und
 5 Krieg überzogen. Seit mehr als zwei Jahren führt Putins Russland nun bereits
 6 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf dem gesamten Staatsgebiet gegen die
 7 Ukraine. Die brutale russische Aggression gegen einen friedlichen europäischen
 8 Nachbarstaat und seine Menschen markierte einen Epochenbruch.

9 Für Deutschland und unsere europäischen Partner endete mit dem russischen
 10 Angriff eine lange Phase des Friedens auf dem europäischen Kontinent, in deren
 11 Folge sich außen- und sicherheitspolitische Gewissheiten gerade auch in
 12 Deutschland verändert haben. Auch für die NATO als transatlantisches
 13 Sicherheitsbündnis hat spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die
 14 Ukraine im Februar 2022 eine neue Zeit begonnen. Das Bündnis sieht sich einem
 15 veränderten Sicherheitsumfeld mit schwierigen und zunehmend komplexen und
 16 vernetzten Herausforderungen gegenüber. Mehr als 30 Jahre nach dem Zerfall der
 17 Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges stellt der russische Imperialismus
 18 unter Putin wieder eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit auf dem
 19 europäischen Kontinent dar.

20 Ziel der NATO ist Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa und der Welt. Aber
 21 seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Angriffen gegen Länder wie
 22 Georgien, der aktiven Destabilisierung von Staaten wie Moldau sowie offenen
 23 Drohungen des Kremls gegen die gesamte NATO und insbesondere die baltischen
 24 Staaten kann die Gefahr eines größeren Kriegs, der auch NATO-Staaten in Europa
 25 einbezieht, nicht mehr ausgeschlossen werden. Gleichzeitig verschiebt der
 26 rasante Aufstieg des autokratisch regierten China zunehmend die geopolitische
 27 Machttektonik im indo-pazifischen Raum. Die chinesische Machtprojektion,
 28 Einflussnahme –auch durch Sympathiebekundungen und Zusammenarbeit mit dem
 29 russischen Regime - reicht bereits heute weit in den euroatlantischen Raum und
 30 berührt Werte und Interessen des Bündnisses. Gleichzeitig hat die russische
 31 Aggression den NATO-Partnern einmal mehr die fundamentale Bedeutung der USA für
 32 das Bündnis und die europäische Sicherheit vor Augen geführt. Umso wichtiger ist
 33 es, dass vom kommenden NATO-Gipfel im Juli 2024 in Washington, bei dem auch das
 34 75-jährige Bestehen der Allianz gefeiert wird, ein gemeinsames Signal der
 35 Geschlossenheit und Stärke der Partner ausgeht. Auch weil er im Schatten des

36 polarisierenden US-Wahlkampfes stattfinden wird.

37 **75 Jahre Garant europäischer Sicherheit**

38 Auch 75 Jahre nach ihrer Gründung ist die NATO ein unverzichtbarer Garant für
39 Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität in Europa. Sie ist Ausdruck der
40 engen transatlantischen Partnerschaft und unserer gemeinsamen westlichen Werte.
41 Mit der Beistandsverpflichtung gemäß Artikel 5 steht sie für unsere gemeinsame
42 Verteidigungsbereitschaft. Damit ist die NATO ein konkurrenzlos erfolgreiches
43 Sicherheitsbündnis. Wir verdanken der NATO, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg
44 gelungen ist, eine stabile Sicherheitsarchitektur in Europa zu erhalten und die
45 territoriale Integrität und Souveränität der NATO-Partner zu wahren. Gerade für
46 Deutschland hat die NATO während des Kalten Krieges dazu beigetragen, eine Ära
47 des Friedens und der Freiheit zu sichern, die es uns ermöglicht hat,
48 wirtschaftlich zu prosperieren und unsere demokratischen Werte zu schützen. Wir
49 Freie Demokraten bekennen uns daher uneingeschränkt zur NATO als Fundament der
50 europäischen Sicherheitsarchitektur.

51 **Allianz für die Zukunft**

52 Als Freie Demokraten sind wir davon überzeugt, dass unser Land den immer
53 komplexer werdenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen auch in
54 Zukunft nur gemeinsam mit seinen Partnern in der NATO und als Teil eines
55 starken, verlässlichen Bündnisses erfolgreich begegnen kann. Die
56 transatlantische Partnerschaft und die Zusammenarbeit im NATO-Bündnis sind
57 entscheidend, um die gemeinsamen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu
58 meistern und eine friedliche und sichere Zukunft für alle zu gewährleisten. Wir
59 Freie Demokraten setzen uns daher für eine Stärkung der transatlantischen
60 Beziehungen durch den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und
61 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa ein.

62 Angesichts des sich verändernden geo- und sicherheitspolitischen Umfelds und der
63 neuen Herausforderungen für die NATO ist es unerlässlich, dass sich das Bündnis
64 weiter modernisiert und reformiert, um diesen Herausforderungen effektiv
65 begegnen und seinen Auftrag der kollektiven Verteidigung und Friedenssicherung
66 erfüllen zu können. Die aktuellen Beschlüsse von Madrid und Vilnius über ein
67 neues Strategisches Konzept und die Maßnahmen zur Verbesserung der
68 Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sind richtige und
69 notwendige Weichenstellungen, um die NATO handlungsfähiger zu machen und zu
70 erneuern. Wir Freie Demokraten unterstützen diese Weiterentwicklung der NATO, um
71 flexibler und effektiver auf Bedrohungen reagieren zu können und begrüßen die
72 Stärkung der NATO-Ostflanke und die Aufnahme Schwedens und Finnlands als
73 europäische Staaten in das Bündnis. Entgegen anderslautender Behauptungen der
74 russischen Propaganda hat jedes Land das Recht auf freie Bündniswahl. Denken in
75 imperialen Machtstrukturen oder Einflusszonen, wie es das aktuelle russische
76 Regime propagiert, lehnen wir ab. Klar ist: Die NATO war nie eine Bedrohung für
77 Russland, sondern immer ein reines Defensivbündnis, dessen Mitglieder sich zur
78 Souveränität, territorialen Unversehrtheit und den Menschenrechten bekennen und
79 wo jedes Land frei von Aggression und Zwang seinen eigenen Weg wählen kann.

80 **Europäischen Pfeiler in der NATO stärken**

81 Eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
82 kann für uns Freie Demokraten immer nur mit einer gleichzeitigen Stärkung des
83 europäischen Pfeilers in der NATO einhergehen. Eine Konkurrenz zwischen
84 europäischen und atlantischen Sicherheitsinstitutionen lehnen wir ab. Zugleich
85 ist es aber an der Zeit, dass die europäischen NATO-Mitglieder mehr
86 Verantwortung im Bündnis übernehmen, auch um eine gerechtere und umfassendere
87 Lastenteilung mit den USA im Bündnis zu gewährleisten, die den geopolitischen
88 Veränderungen Rechnung trägt. Wir Freie Demokraten wollen den europäischen
89 Pfeiler in der NATO stärken und damit die Handlungsfähigkeit der europäischen
90 Partner im Bündnis erhöhen. Wir wollen deshalb, dass die europäischen
91 Mitgliedstaaten im Bündnis mehr Verantwortung für eine effektive Verteidigung
92 und Abschreckung übernehmen. Voraussetzung dafür ist eine engere Verzahnung der
93 Zusammenarbeit der europäischen Partner in der NATO. Die europäischen Partner
94 müssen sich bei Entscheidungen, Beschaffung und Ausbildung schneller abstimmen
95 und mit einer Stimme sprechen können. Dafür wollen wir die notwendigen
96 Strukturen schaffen und uns auch für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen
97 NATO und EU einsetzen. Nur durch ein abgestimmtes Handeln von NATO und EU können
98 wir auf aktuelle und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen
99 bestmöglich und angemessen reagieren.

100 **Sicherheitspolitischer Aufbruch für Europa**

101 Das Ziel, den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken, werden wir nur dann
102 erfolgreich umsetzen können, wenn es der Europäischen Union und ihren
103 Mitgliedstaaten gelingt, durch mehr eigenständige sicherheits- und
104 verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit mehr Verantwortung für die eigene
105 Sicherheit zu übernehmen. Dazu brauchen wir endlich einen sicherheitspolitischen
106 Aufbruch in Europa. Konkret bedeutet dieser sicherheitspolitische Aufbruch der
107 EU die Produktionskapazitäten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
108 schnell auszubauen. Denn der Nachfragerückgang der letzten 30 Jahre hat die
109 Kapazitäten geschwächt. Wir Freien Demokraten setzen uns daher für eine engere
110 europäische Zusammenarbeit bei der Fähigkeitsentwicklung, Rüstungsbeschaffung
111 und -kooperation ein. Wir wollen die europäische und deutsche Rüstungsproduktion
112 schnell und effektiv ertüchtigen und gleichzeitig durch Harmonisierung und
113 Standardisierung Skaleneffekte nutzen, die Europa effizient verteidigungsfähig
114 machen. Dafür befürworten wir die Schaffung abgestimmter Anforderungen,
115 Zulassungsverfahren und Dienstvorschriften für europäische Militärausrüstung.
116 Das bedeutet, dass es europaweit harmonisierte Standards geben soll, die
117 gemeinsam definiert und entwickelt werden. Die Anwendung bestehender
118 Ausnahmeregelungen muss dabei von komplexen Begründungen bei der Vergabe befreit
119 werden. Damit werden Verfahren gestrafft und verteidigungsrelevante Kompetenzen
120 und Industrien in Europa gehalten. So entsteht ein funktionierender Binnenmarkt
121 für Rüstungsgüter mit kompatiblen Exportrichtlinien, der den innereuropäischen
122 Kapazitätsaufbau stärkt und weiterhin außereuropäische Exporte ermöglicht. Bei
123 all unseren Bemühungen um einen sicherheitspolitischen Aufbruch in Europa
124 behalten wir Freie Demokraten das langfristige Ziel einer europäischen Armee
125 fest im Blick.

126 **Investitionen in Freiheit und Sicherheit**

127 Zu einer fairen Lastenteilung im Bündnis gehört auch, dass alle NATO-Partner
128 ihre finanziellen Zusagen einhalten. Inzwischen investieren fast alle
129 europäischen Staaten mehr in Verteidigung als vor dem 24. Februar 2022. Mit dem
130 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen trägt Deutschland nicht nur zur bestmöglichen
131 Ausrüstung und damit auch Sicherheit seiner Soldatinnen und Soldaten bei,
132 sondern erweist sich endlich auch als verlässlicher Partner gegenüber seinen
133 Verbündeten in der NATO. Wir Freie Demokraten wissen, dass wir am Beginn einer
134 Ära der „Freiheitsinvestitionen“, der Investitionen in die Verteidigung unserer
135 Freiheit, und dem Aufbau einer gesamtgesellschaftlichen Verteidigungsfähigkeit
136 stehen. Um die Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung mit mindestens
137 zwei Prozent unserer jährlichen Wirtschaftsleistung nach Auslaufen des
138 grundgesetzlich garantierten Sondervermögens für die Bundeswehr sicherzustellen,
139 bedarf es spätestens ab 2028 einer erheblichen finanziellen Kraftanstrengung.
140 Auch deshalb kämpfen wir Freie Demokraten für eine „Wirtschaftswende“ in
141 Deutschland und stellen mit einer klaren Prioritätensetzung sicher, dass wir
142 jährlich mindestens zwei Prozent des BIP in die Verteidigung unserer Freiheit
143 investieren. Im Zuge des integrierten Ansatzes der nationalen
144 Sicherheitsstrategien werden wir darüber hinaus auch die Bereiche besonders
145 berücksichtigen, die unseren nationalen Sicherheitsinteressen dienen.

146 Zu einem sicherheitspolitischen Aufbruch gehört aber auch, dass die EU und ihre
147 Mitgliedsstaaten sich stärker in die gesamteuropäische Verteidigung einbringen.
148 Die Europäische Investitionsbank sollte sich künftig auch im Bereich der
149 Sicherheit- und Verteidigung engagieren können und alle EU-Mitgliedstaaten
150 müssen ihren Streitkräften ausreichend finanzielle Mittel für Ausrüstung und
151 Beschaffung zur Verfügung stellen. Wir Freien Demokraten werden uns deshalb
152 dafür einsetzen, dass das 2%-Ziel auch innerhalb der EU als Zielmarke für die
153 Verteidigungsausgaben zwischen den europäischen Partnern als Selbstverpflichtung
154 vereinbart wird. Für eine Union mit 450 Millionen Einwohnern und einem BIP von
155 15,8 Billionen Euro ist dies ein erreichbares und vor dem Hintergrund der
156 veränderten Sicherheitslage auch notwendiges Ziel. Mit einer engeren Verzahnung
157 von Rüstung und Beschaffung sorgen wir dafür, dass diese Mittel auch effektiv
158 eingesetzt werden und Europa einen größeren Beitrag für die Bündnisverteidigung
159 einsetzt. Denn eine faire Lastenteilung ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit
160 und Effektivität der NATO.

161 **Glaubwürdige nukleare Abschreckung bleibt notwendig**

162 Die nuklearen Drohgebärden Putins haben es noch einmal unmissverständlich
163 deutlich gemacht: Solange es Atomwaffen auf der Welt gibt, muss auch Europa an
164 einem System der nuklearen Abschreckung festhalten, um der Erpressung durch
165 autoritäre Atommächte nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Wir Freien
166 Demokraten setzen uns daher für den Erhalt eines glaubwürdigen
167 Abschreckungspotenzials im Rahmen der NATO ein. Es sind vor allem die
168 Vereinigten Staaten, die den entscheidenden Anteil am nuklearen
169 Abschreckungspotenzial der NATO haben und damit einen unverzichtbaren Beitrag
170 zur Sicherheit Europas leisten. Aber auch die strategischen Nuklearstreitkräfte
171 Frankreichs und Großbritanniens tragen bereits heute zur Sicherheit unseres
172 Bündnisses bei. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat wiederholt

173 Kooperationsangebote unterbreitet. Unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt,
174 kann Europa auch bei der nuklearen Abschreckung einen größeren Beitrag leisten.
175 Mit der Beschaffung von neuen Flugzeugen hat die Bundeswehr sichergestellt, dass
176 Deutschland auch weiterhin seinen Beitrag zur nuklearen Teilhabe beiträgt. Wir
177 Freie Demokraten bekennen uns zur Fortsetzung dieser nuklearen Teilhabe mit der
178 Stationierung von US-Nuklearwaffen in Deutschland und setzen uns für einen engen
179 Austausch mit Großbritannien und Frankreich über das europäische Element
180 nuklearer Abschreckung im Rahmen der NATO ein. Einer Ausweitung der nuklearen
181 Teilhabe auf die Staaten Ost- und Mitteleuropas stehen wir offen gegenüber. Wir
182 Freie Demokraten unterstützen auch die fortgesetzten Bemühungen der NATO um
183 nukleare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, insbesondere vor dem
184 Hintergrund erodierender Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen. Wir
185 setzen uns konsequent für die Reduzierung nuklearer Risiken ein und fordern
186 einen konstruktiven Dialog zwischen den Atomwaffenstaaten, um sicherzustellen,
187 dass Atomwaffen verlässlicher Abschreckung dienen und damit niemals eingesetzt
188 werden.

189 **Zukunft der Ukraine liegt in der NATO**

190 Wir Freie Demokraten stehen fest und entschlossen an der Seite der Ukraine. Die
191 Ukraine ist die erste Verteidigungslinie eines freien Europas. Für uns steht
192 daher fest: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Wir unterstützen das Land
193 auch uneingeschränkt in seinem Recht auf freie Bündniswahl und bekräftigen unser
194 Bekenntnis zur vollen euro-atlantischen Integration der Ukraine und ihrer
195 Zukunft in der NATO. Wir Freien Demokraten setzen uns mit Nachdruck dafür ein,
196 dass die EU und die NATO-Mitglieder die Ukraine weiterhin humanitär, finanziell,
197 wirtschaftlich und militärisch unterstützt, um dem Land bei der Verteidigung
198 gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg und der Bewältigung
199 seiner Folgen zu helfen. Dafür soll auch der NATO eine stärkere Rolle bei der
200 Koordinierung der Unterstützung der Ukraine zukommen, so dass vom NATO-Gipfel in
201 Washington ein unmissverständliches Signal der weiteren Unterstützung der
202 Ukraine durch die NATO-Mitgliedsstaaten ausgehen kann.

203 Wir begrüßen und unterstützen das bilaterale Sicherheitsabkommen vom 16. Februar
204 2024 zwischen Deutschland und der Ukraine, das die langfristige militärische
205 Unterstützung der ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte zur
206 vollständigen Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine
207 innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zusichert. Dazu gehört für uns
208 Freie Demokraten die Lieferung zusätzlich notwendiger weitreichender
209 Waffensysteme (z.B. Taurus) und Munition, um einerseits die Ukraine in die Lage
210 zu versetzen, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf militärstrategisch
211 relevante Ziele weit im rückwärtigen Raum des russischen Aggressors zu
212 ermöglichen und andererseits die Landstreitkräfte durch die Lieferung
213 gepanzerter Kampfsysteme und geschützter Fahrzeuge weiter zu stärken sowie die
214 Verteidigung des Luftraums sicherzustellen.

215 Wir Freien Demokraten wollen auch, dass schon heute die Planungen für einen
216 koordinierten internationalen Wiederaufbau der Ukraine beginnen, bei dem die EU
217 und ihre Institutionen eine starke Rolle spielen. Dabei wollen wir alle
218 rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um das eingefrorene russische

219 Vermögen - auch das der russischen Zentralbank - zu nutzen. Der Wiederaufbau und
220 der europäische Integrationsprozess müssen von Anfang an eng miteinander
221 verknüpft werden, um den Weg der Ukraine in die Europäische Union zu
222 unterstützen.

223 **Putins Russland konsequent eindämmen, Resilienz fördern**

224 Der russische Krieg gegen die Ukraine stellt einen der schwersten denkbaren
225 Brüche des modernen Völkerrechts und einen fundamentalen Angriff auf die
226 Rechtsstaatlichkeit und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen dar. Er
227 markiert die endgültige Aufkündigung der NATO-Russland Grundakte durch Russland.
228 Viel zu lange hat die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik die Bedrohung durch
229 Russland aus dem Blick verloren und zu Recht wurde spätestens der russische
230 Einmarsch als das Ende der deutschen und europäischen Nachkriegsfriedensordnung
231 bezeichnet. Aber auch über die direkte militärische Aggression gegen die Ukraine
232 hinaus, weitet Putins Russland seinen Einfluss mit Desinformationsoperationen
233 und klassischer Geopolitik gegen NATO- und EU-Staaten aus. Das Leak der
234 Kommunikation von Bundeswehroffizieren am 1. März 2024 durch ein russisches
235 Staatsmedium ist nur das jüngste Beispiel für eine Art der hybriden
236 Kriegsführung von Putins Russland im Cyber- und Informationsraum gegen
237 Deutschland und andere europäische Staaten. Wir Freie Demokraten setzen uns
238 dafür ein, dass die NATO ihre Fähigkeiten im Bereich der Cyberabwehr sowie im
239 digitalen Raum und im Weltraum weiter ausbaut und stärkt, um die Sicherheit
240 ihrer Mitgliedstaaten auch dort gewährleisten zu können. Denn die gezielten
241 russischen Angriffe in der völkerrechtlichen Grauzone haben nur ein Ziel: NATO-
242 und EU-Mitgliedstaaten innenpolitisch zu destabilisieren, Konflikte zu schüren,
243 das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben, Fakenews zu
244 verbreiten und so das transatlantische Bündnis als Garant für Freiheit und
245 Sicherheit und die EU als europäisches Friedensprojekt zu spalten und damit zu
246 schwächen.

247 Wir freie Demokraten setzen uns dafür ein, auch für nicht militärische
248 Bedrohungen gemeinsame Ansätze zu finden. Die Rückkehr von Geopolitik als Waffe
249 und der strategische Einsatz wirtschaftlicher Abhängigkeiten erfordert, dass wir
250 Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten identifizieren wirtschaftliche Risiken
251 minimieren und unsere kritischen Infrastruktur und unsere Lieferketten und
252 unsere Gesundheitssysteme schützen.

253 Putins Russland ist zu einem Gegner geworden, dessen feindseliges Verhalten uns
254 größte Entschlossenheit abverlangt. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für
255 eine Isolierung Russlands in multilateralen Strukturen ein, soweit dies die
256 internationalen Regime zulassen.

257 Gleichzeitig sind wir mit Blick auf unsere Partner in Mittel- und Osteuropa
258 bereit, jeden Zentimeter des NATO-Territoriums im Angriffsfall zu verteidigen.
259 Klar ist, dass auch hybride Angriffe zu einer Ausrufung des Artikel 5 des
260 Nordatlantikvertrags führen können, wenn sie Schäden im Ausmaß eines
261 militärischen Angriffes verursachen.

262 **Transatlantische Interessen gegenüber China und im globalen Süden wahren**

263 Der Aufstieg Chinas verändert die internationale Ordnung nachhaltig. China ist

264 längst nicht mehr nur Partner, sondern zunehmend Wettbewerber und systemischer
265 Rivale. Der wachsende Einfluss Chinas, auch über den indo-pazifischen Raum
266 hinaus, fordert die westlichen Staaten und ihre Wertepartner zunehmend
267 wirtschaftlich, gesellschaftlich und geopolitisch heraus. China erhöht
268 kontinuierlich und deutlich seine Verteidigungsausgaben und modernisiert seine
269 Streitkräfte mit dem Ziel, die regionale Hegemonie aufzubauen und mittelfristig
270 globale Militärmacht zu werden. Dies betrifft insbesondere auch unsere freien
271 Handelsrouten und die Freiheit der Schifffahrt. Auch deshalb ist es für die NATO
272 als transatlantisches Verteidigungsbündnis notwendig, eine eigene Strategie für
273 den Umgang mit Peking zu entwickeln, die eine koordinierte und langfristige
274 Reaktion erfordert, um die Interessen und die Sicherheit der NATO-Partner zu
275 schützen. Es ist auch deshalb notwendig, weil China die Werte, auf denen die
276 transatlantische Sicherheitspartnerschaft beruht, aktiv unterminiert. Dies zeigt
277 sich nicht zuletzt in der zwiespältigen Rolle, die China im Krieg Russlands
278 gegen die Ukraine spielt. Peking gibt sich gerne als neutraler Vermittler in dem
279 Konflikt, während es gleichzeitig mindestens rhetorisch den Schulterchluss mit
280 Moskau sucht und mit Kritik und Schuldzuweisungen an die USA und ihre
281 transatlantischen Partner nicht spart. Wir Freie Demokraten begrüßen daher, dass
282 das neue Strategische Konzept der NATO auch die Herausforderung des
283 transatlantischen Bündnisses durch die Volksrepublik China thematisiert. Wir
284 setzen uns dafür ein, dass die NATO als Bündnis den noch engeren Austausch und
285 die Zusammenarbeit mit Wertepartnern im indopazifischen Raum sucht.

286 Gleichzeitig begrüßen die Freien Demokraten, dass das strategische Konzept der
287 NATO einen klaren Fokus auf Konflikte und Instabilität auf dem afrikanischen
288 Kontinent und im Nahen Osten legt. Hier bilden Klimawandel, schwache
289 Institutionen und eine in vielen Teilen schwache Wirtschaft, einen Nährboden für
290 die Ausbreitung nichtstaatlicher bewaffneter Akteure und von Terrorismus. Für
291 die Freien Demokraten gehört es zu einer klugen strategischen Zusammenarbeit,
292 zwischen Deutschland, der EU und der NATO, dass Deutschland auch nach dem Abzug
293 unserer Soldatinnen und Soldaten aus Mali in der Sahelzone politisch und
294 finanziell präsent bleibt. Dies gilt umso mehr, da China und Russland neue
295 finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeiten in Afrika und im Nahen Osten
296 schaffen. Aufgabe der NATO- und EU-Partner ist es, sich als politischer und
297 strategischer Partner in der Region zu präsentieren, die Interesse an einer
298 partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regierungen haben, für
299 die menschliche Sicherheit eintreten und Terrorismus effektiv vorbeugen.

300 **Gemeinsam stärker gegen Spionage**

301 Die aktuellen Spionagefälle im Umfeld der AfD und ihres Spitzenkandidaten sowie
302 bei der Bundeswehr, illegale Polizeistationen der Volksrepublik China und
303 russische Agenten in Ministerien verdeutlichen, dass Russland und China ihre
304 Spionage und hybride Kriegsführung gegen uns und unsere Bündnispartner
305 intensivieren. Peking und Moskau nutzen dafür extremistische Parteien im
306 politischen Westen als Einfallstor, in Deutschland lässt sich die AfD dafür
307 benutzen. Dies offenbart, wie innere und äußere Bedrohung für unsere
308 verfassungsmäßige Ordnung und unsere nationale Sicherheit zusammen wirken.
309 Gleichzeitig zeigen diese Fälle, dass Deutschland besser werden muss im Einsatz

310 gegen Spionage, auch um unseren transatlantischen Partnern zu ermöglichen
311 nachrichtendienstliche Erkenntnisse mit uns zu teilen. Daher fordern wir ein
312 entschlossenes Vorgehen gegen ausländische Agentenaktivitäten. Spionageabwehr
313 und Gegenspionage beim Bundesamt für Verfassungsschutz sind auszubauen. Die
314 Spionageabwehr muss ausschließliche Bundeskompetenz werden. Der Aufgabenbereich
315 des Militärischen Abschirmdienstes ist auf alle verteidigungswichtigen
316 Einrichtungen auszuweiten. Die Rechtsgrundlagen der einzelnen Nachrichtendienste
317 sind anzugleichen, soweit dies die Zusammenarbeit erleichtert. Behörden,
318 Hochschulen, Forschungseinrichtungen und kritische Unternehmen sind
319 verpflichtet, Spionageabwehrkonzepte zu implementieren. Gerade bei der Abwehr
320 von Spionage kann die NATO nur dann sinnvoll sensible, für die
321 Bündnisverteidigung entscheidende Informationen teilen, wenn alle Mitglieder
322 ihre Fähigkeiten in diesem Bereich ausreichend ausgebaut haben.

323 **Nationalen Sicherheitsrat endlich einrichten**

324 Der Epochenbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erfordert,
325 dass Deutschland nicht nur finanziell, sondern auch strategisch in seine
326 Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit investiert. Wir Freie Demokraten sind
327 überzeugt: Um seine Rolle als verlässlicher Partner in der NATO bestmöglich
328 ausfüllen zu können, muss Deutschland realistischer und strategiefähiger werden.
329 Unsere NATO-Partner erwarten, dass wir auch hier unsere Hausaufgaben machen. Wir
330 Freie Demokraten wollen deshalb, dass unsere bestehenden sicherheitspolitischen
331 Ansätze und Instrumente an die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen
332 angepasst werden. Im Koalitionsvertrag haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
333 Freie Demokraten vereinbart, dass die Bundesregierung eine umfassende Nationale
334 Sicherheitsstrategie (NSS) verabschiedet. Diese liegt inzwischen vor und ist
335 sicherlich ein erster wichtiger und richtiger Schritt, der aber zugleich
336 offenbart, dass Deutschland über keine ressortübergreifende, institutionell
337 manifestierte Strategiefähigkeit verfügt. Wir Freie Demokraten stellen fest,
338 dass eine Nationale Sicherheitsstrategie allein nicht ausreichen kann, um auf
339 die aktuellen und sich abzeichnenden Herausforderungen für unsere Demokratie und
340 die internationale Ordnung angemessen reagieren zu können. Wir Freie Demokraten
341 bekräftigen daher unsere Forderung nach der zügigen Einrichtung eines Nationalen
342 Sicherheitsrates, der mit den vorhandenen Mitteln zu einer ständigen ressort-
343 und behördenübergreifenden Einrichtung mit einem Leitungssekretariat sowie einem
344 Lage- und Analysezentrum auszustatten ist. Einzelinteressen innerhalb der
345 Bundesregierung oder einzelner Ressorts dürfen der Einrichtung eines nationalen
346 Sicherheitsrates nicht länger entgegenstehen. Dadurch versetzen wir Deutschland
347 auch strategisch in die Lage einen stärkeren Beitrag für die Sicherheit des
348 nordatlantischen Verteidigungsbündnis zu leisten.

Begründung

Die Dringlichkeit begründet sich zum einen im Treffen der Außenminister der NATO-Staaten Anfang April in Brüssel. Der Antrag greift wichtige Impulse dieses Treffens für die Zukunft der NATO auf. Zum anderen bezieht der Antrag Stellung zu den jüngsten Fällen von Spionage und hybrider Kriegsführung. Weitere Begründung erfolgt mündlich.